



Aktuelle abfallrechtliche Entwicklungen

Dr. Andreas Wasielewski, MLUR

Rendsburg, 16.11.2006



Aktuelle abfallrechtliche Entwicklungen

I. Einleitung

II. Jüngste Rechtsentwicklungen auf nationaler Ebene

III. Europäische Rechtsentwicklungen

IV. Rechtsentwicklungen in Schleswig-Holstein

V. Ausblick



II. Jüngste Rechtsentwicklungen auf nationaler Ebene

1. Auswirkungen der Föderalismusreform auf den Abfallbereich

- ❖ Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen:
„Abfallwirtschaft“ bleibt Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung, Art. 74 Abs. 1 Nr. 24 GG, da im Hinblick auf „Abfallbeseitigung“ Klarstellung.
- ❖ Neuordnung der Zustimmungsbedürftigkeit, Art. 84 GG:
Abweichungsrecht der Länder hinsichtlich Behördeneinrichtung und Verwaltungsverfahren. Anders, wenn „besonderes Bedürfnis nach bundeseinheitlicher Regelung“ besteht. Gemäß begleitender Entschließung wird dies bei Regelungen des Umweltverfahrensrechts regelmäßig angenommen.
- ❖ Übergangsregelung zum bisher erlassenen Verfahrensrecht, Art. 125b Abs. 2 GG
- ❖ Fazit: für Abfallwirtschaft **keine** Änderung!



2. Verpackungsverordnung (VerpackungsVO)

- a) Zweite Stufe der Dritten ÄnderungsVO vom 24.05.2005 ist am 1.05.2006 in Kraft getreten: kohlenstofffreie Erfrischungsgetränke und alkoholische Mischgetränke sind pfandpflichtig; Problem: diätetische Getränke

Novellierung VerpackungsVO

- b) Eckpunktepapier des BMU:

- klare Trennung Duale Systeme – Selbstentsorger
- Vollständigkeitserklärung über Absatz und Entsorgung von Verpackungen durch Hersteller/Vertreiber; Auskunftsrecht der Öffentlichkeit
- Verpackungen bei privaten (enger gefasst) Endverbrauchern ausschließlich durch Duale Systeme (Trittbrettfahrer)
- Ausschreibungen von Entsorgungsdienstleistungen (Wettbewerb)



3. Vereinfachung des abfallrechtlichen Überwachungsverfahrens

a) Gesetz zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung

- „gefährliche/ nicht gefährliche Abfälle“
- Register- und Nachweispflichten
- Neufassung VO-Ermächtigung für Nachweisverordnung
- Wegfall betrieblicher Abfallwirtschaftskonzepte und -bilanzen
- Gleichstellung von Entsorgungsfach- und EMAS-Betrieben bei Vollzugserleichterungen

b) Verordnung zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung

Nutzung elektronischer Kommunikationstechniken im Rahmen der Führung von Nachweisen und Registern über die Entsorgung von Abfällen; flächendeckende Einführung bis 1.4.2010

c) Inkrafttreten von Gesetz und Verordnung: 01. Februar 2007



III. Europäische Rechtsentwicklungen

1. Novelle Abfallrahmenrichtlinie/ Strategie für Abfallvermeidung und -recycling

Eckpunkte:

- ❖ Abfallbegriff (bewegliche Sachen; Abgrenzung Produkt)
- ❖ Verwertung/ Beseitigung
- ❖ BVT in der Abfallwirtschaft
- ❖ Abfallbewirtschaftungspläne/ Abfallvermeidungsprogramme
- ❖ Integration RL über gefährliche Abfälle u. AltöIRL

Entschließung des EP und Gemeinsamer Standpunkt im Rat wird bis Ende 2006 angestrebt.



2. Bodenschutzstrategie und Vorschlag für eine BodenschutzRL

Ziele:

- ❖ Funktionen des Bodens erhalten,
- ❖ Verschlechterungen entgegenwirken,
- ❖ eingetretene Schäden beseitigen.

Eckpunkte:

- ❖ Bestimmung verunreinigter Standorte
- ❖ Vorlage eines Bodenzustandsberichts
- ❖ Festlegung einer nationalen Sanierungsstrategie

Stand:

nach Beschluss der Kommission am 22.09.2006, Beratungen im EP und Rat



3. BatterieRL 2006/66/EG

- ❖ Verwendung von Cd und Hg nur in Ausnahmefällen
- ❖ ambitionierte Sammelquoten u. qualitative Anforderungen an die Verwertung (2012 und 2016 25% bzw. 45% der letzten 3 Jahre)
- ❖ Registrierungspflicht für Batterieproduzenten
- ❖ Umsetzung in nationales Recht bis 28. September 2008



3. Novelle AbfallverbringungsVO

Stand:

- Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen am 12.07.2006 veröffentlicht
- Ab 12.07.2007 anzuwenden; VO Nr. 259/93 wird dann aufgehoben

Eckpunkte:

- ❖ alleinige Rechtsgrundlage Art. 175 EGV
- ❖ expliziter Einwandsgrund für gemischte Siedlungsabfälle aus privaten Haushaltungen
- ❖ Verfahren der Notifizierung und Zustimmung
- ❖ Anwendungsausschluss für Abfälle, die unter die Genehmigungsanforderungen der VO (EG) Nr. 1774/2002 mit Hygienevorschriften für bestimmte tierische Nebenprodukte
- ❖ Ökologieeinwand nach Maßgabe des nationalen Rechts (Art. 12 Abs.1c)



IV. Rechtsentwicklungen in Schleswig-Holstein

1. Novellierungsvorhaben LAbfWG

a) Eckpunkte:

- ❖ Verzicht auf Bestimmungen, die durch bundesrechtliche Regelungen obsolet (§§ 15, 16, 18, 19 LAbfWG)
- ❖ Straffung von Bestimmungen (§ 22 LAbfWG)
- ❖ Verzicht auf Bestimmungen, die z.B. durch Erlass geregelt werden können (§ 19 LAbfWG)
- ❖ Verzicht auf Bestimmungen, die nicht relevant geworden sind (§ 7 LAbfWG)
- ❖ Zuständigkeiten künftig in Verordnung

b) Verfahrensstand:

Nach 2. Kabinettsbeschluss (14.11.) Zuleitung an LT



2. Erlass einer Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach abfallrechtlichen Vorschriften (Abfallzuständigkeitsverordnung - AbfZustVO)

hier: Aufgabenübertragung auf die GOES

3. Novelle der Landesverordnung über den Teilplan für die Verbrennung von bestimmten Sonderabfällen - SAbfVO



V. Ausblick

1. Weitere Entwicklungen auf europäischer Ebene

- ❖ BioabfallRL (in Planung)
- ❖ Novelle Europäisches Abfallverzeichnis

2. Entwicklungstendenzen auf nationaler Ebene

- ❖ Überlegungen für eine 6. Änderung der VerpackV
- ❖ Neuauflage für ein Umweltgesetzbuch (UGB)
- ❖ Neuordnung der Entsorgungszuständigkeit

3. Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein